

Marburg, 05.03.2009

Eingang: 05.03.2009

Fraktion DIE LINKE

TOP:

Lfd.Nr. 495/2009 KT

Antrag zur Kreistagsitzung

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend „Postdienstleistungen im Kreisgebiet“

Beschluss:

1. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, dem Kreistag eine Bestandsaufnahme über die stationären Einrichtungen vorzulegen, in denen Verträge über Postdienstleistungen im Landkreis Marburg-Biedenkopf abgeschlossen werden können.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, eingehend zu prüfen, ob die Deutsche Post AG ihren Verpflichtungen aus der Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) im Landkreis Marburg-Biedenkopf nachkommt.

Begründung:

In der Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) ist beschrieben, welche Postdienstleistungen unter den Begriff „Universaldienst“ fallen und welche Qualitätskriterien die Deutsche Post AG als Erbringer der Universaldienstleistungen mindestens erfüllen muss.

Im Landkreis Marburg-Biedenkopf drohen weitere Stilllegungen von Postfilialen und Postagenturen. Das Angebot an Postdienstleistungen in der Fläche wird durch die Deutsche Post AG weiter ausgedünnt werden. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken ist es notwendig, zunächst eine Bestandsaufnahme über stationäre Einrichtungen im gesamten Landkreis vorzulegen, in denen Verträge über Postdienstleistungen abgeschlossen werden können.

Liegt diese Bestandsaufnahme vor, kann geprüft werden, ob die Deutsche Post AG ihren Verpflichtungen aus der Postuniversaldienstleistungsverordnung (PUDLV) nachkommt. Sollte dies nicht der Fall sein, kann der Landkreis die Bundesagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen einschalten, um die Deutsche Post AG zu zwingen, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Eine kreisweite Bestandsaufnahme und Überprüfung der stationären Einrichtungen für Postdienstleistungen, unter Einschluss der Vorgaben für das Betreiben von Briefkästen, stärkt die Verhandlungspositionen der Städte, Gemeinden und Ortsteile im Landkreis gegenüber der Deutschen Post AG.

Es ist zu vermuten, dass die Deutsche Post AG an einigen Orten im Landkreis bereits hinter die gesetzlichen Mindeststandards zurückgefallen ist. Wird dies öffentlich, stärkt auch dies die Positionen der Menschen zum Beispiel in Kirchvers oder Hartenrod.

gez. Anna Hofmann gez. Heidi Boulnois gez. Ulrike Grünheid gez. Inge Sturm